

**Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland 2026
(Abfallentsorgungssatzung – AESMOL 2026) vom 10.12.2025**

Bekanntmachungsanordnung

Gemäß § 18 der Hauptsatzung des Landkreises Märkisch-Oderland vom 14.02.2025 in der jeweils gültigen Fassung, ordne ich die Bekanntmachung der

**Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland 2026
(Abfallentsorgungssatzung – AESMOL 2026) vom 10.12.2025**

hiermit an.

Die gemäß § 20 Abs. 3 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit Nr. 1.3 der Anlage zu § 1 der Abfall- und Bodenschutzzuständigkeitsverordnung (AbfBodZV) vom 23. September 2004 (GVBl.II/04, [Nr. 33], S.842) in der jeweils gültigen Fassung erforderliche Zustimmung zu den genehmigungspflichtigen Teilen der v. g. Satzung (Ausschluss von Abfällen) ist mit Bescheid des Landesamtes für Umwelt des Landes Brandenburg vom 15.12.2025 (Geschäftszeichen LFU-T16-3115/70+28#765035/2025) erteilt worden.

Die Bekanntmachung der o. g. Satzung hat im Amtsblatt für den Landkreis Märkisch-Oderland zu erfolgen.

Seelow, 18.12.2025

G. Schmidt
Landrat

**Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland 2026
(Abfallentsorgungssatzung – AESMOL 2026)**
vom 10.12.2025

Aufgrund § 131 und § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 05.03.2024 (GVBl.I/24, [Nr. 10], S., ber. [Nr. 38]) und § 8 Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997 (GVBl. I/97, Nr. 5, S. 40), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24], S., ber. [Nr. 40]), hat der Kreistag des Landkreises Märkisch-Oderland in seiner Sitzung am 10.12.2025 die folgende Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland 2026 beschlossen:

§ 1

Grundsätze

- (1) Der Landkreis Märkisch-Oderland - nachfolgend Landkreis genannt - entsorgt die in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Rahmen der Gesetze und nach Maßgabe dieser Satzung durch seinen Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland (EMO), Eigenbetrieb des Landkreises, - nachfolgend Entsorgungsbetrieb - genannt.
- (2) Jeder soll durch sein Verhalten dazu beitragen, dass
 - Abfälle vermieden,
 - nicht vermeidbare Abfälle für die Wiederverwendung vorbereitet oder recycelt oder hochwertig verwertet und
 - nicht verwertbare Abfälle umweltverträglich beseitigt werden.

§ 2

Aufgaben der Abfallentsorgung

- (1) Der Entsorgungsbetrieb betreibt die Abfallentsorgung im Rahmen seiner Pflichten nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und dem Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) als Pflichtaufgaben, die ihm vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, dem Landkreis, übertragen worden sind.
- (2) Die Abfallentsorgung umfasst nach Maßgabe dieser Satzung und des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises in der jeweils gültigen Fassung insbesondere Maßnahmen, die anfallenden Abfälle in erster Linie so vorzubereiten, dass diese wiederzuverwenden sind. Das bedeutet, dass die Abfälle, die für eine Wiederverwendung geeignet sind, sortenrein gesammelt werden müssen. Ist die Wiederverwendung nicht möglich, sind stoffliche Verwertungsverfahren anderen, wie beispielsweise den energetischen Verwertungsverfahren, vorzuziehen. Soweit die Verwertung von Abfällen technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist, hat deren umweltverträgliche Beseitigung zu erfolgen.
- (3) Der Entsorgungsbetrieb kann mit der Erfüllung seiner Pflichten zuverlässige Dritte beauftragen.
- (4) Die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter sind gehalten, den Entsorgungsbetrieb für die Erfüllung seiner Aufgaben nach dieser Satzung insbesondere durch
 - Auswahl und Bereitstellung von Standplätzen für Abfallsammelbehälter sowie Sammelplätze für ausgewählte Abfallarten;
 - Einflussnahme auf Ordnung und Sauberkeit bei der Durchführung der Abfallentsorgung;
 - Informationen an den Entsorgungsbetrieb über in unzulässiger Weise abgelagerte Abfälle;
 - Einflussnahme auf die Abfallvermeidung bei der Durchführung von Märkten, örtlichen Veranstaltungen u. ä.;
 - Überlassung erforderlicher Unterlagen für die Erfassung und Veranlagung der Gebührenpflichtigen, insbesondere Einwohnermelde- und Liegenschaftsdaten, zu unterstützen.
- (5) Der Entsorgungsbetrieb berät und informiert über Möglichkeiten der Vermeidung, Getrennthaltung, Wiederverwendung, des Recyclings und der Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Die Erzeuger und Besitzer von Abfällen aus anderen Herkunftsgebieten, als privaten Haushaltungen, werden auf die Nutzung von möglichst hochwertigen Verwertungskapazitäten hingewiesen.

§ 3

Begriffsbestimmungen

- (1) „Abfälle“ im Sinne dieser Satzung sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss. Abfälle zur Verwertung sind Abfälle, die tatsächlich verwertet werden; Abfälle, die nicht verwertet werden, sind Abfälle zur Beseitigung.
- (2) „Biologisch verwertbare Abfälle“ (Bioabfälle) sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Garten-, Parkabfälle und Landschaftspflegeabfälle, z. B. Laub, Gras, Baum- und Strauchschnitt sowie Nahrungs- und Küchenabfälle, z. B. Obst-, Gemüse- und Speisereste. Unter biologisch verwertbaren Abfällen versteht man gleichfalls Abfälle aus sonstigen Herkunftsgebieten, die mit den oben genannten Abfällen nach Art, Beschaffenheit oder stofflicher Eigenschaften vergleichbar sind.

- (3) „Kompostierbare Abfälle“ sind biologisch verwertbare Gartenabfälle; z. B. Laub, Gras, Baum- und Strauchschnitt sowie Weihnachtsbäume.
- (4) „Schrott“ sind Abfälle aus Eisen und anderen Metallen, die aus privaten Haushaltungen stammen und für die es auf Grund anderer gesetzlicher Regelungen keine Rückgabe- und Rücknahmeverpflichtungen gibt.
- (5) „Elektro- und Elektronikaltgeräte“ sind Geräte im Sinne des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG).
- (6) „Haushaltstypischer Sperrmüll“ ist sperriger Abfall aus privaten Haushaltungen, der wegen seiner Abmessung auch nach zumutbarer Zerkleinerung nicht über die zugelassenen Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 Buchstabe a) bis d) entsorgt werden kann und keiner der in § 10 genannten Abfallarten entspricht.
- (7) „Hausmüll“ ist Abfall aus privaten Haushaltungen, der in den in § 12 zugelassenen Abfallbehältern regelmäßig gesammelt, transportiert und der weiteren Entsorgung zugeführt wird.
- (8) „Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall“ ist Abfall zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, der hinsichtlich Art und Menge mit oder wie Hausmüll entsorgt werden kann.
- (9) „Gefährliche Abfälle“ gemäß § 3 der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung – AVV) sind Abfälle aus privaten Haushaltungen bzw. geringe Mengen bis 2.000 kg pro Jahr je Abfallerzeuger aus anderen Herkunftsbereichen.
- (10) „Bau-, Abbruchabfälle und mineralische Abfälle“ sind - soweit sie nicht unter § 48 KrWG fallen - Erdaushub, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle und ähnliche Stoffe, welche bei Sanierungs-, Abbruch-, Aufbruch- und Baumaßnahmen anfallen.
- (11) „Leichtverpackungen“ sind Verkaufsverpackungen im Sinne von § 3 Abs. 1 des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz - VerpackG), insbesondere solche aus Metall (Weißblech und Aluminium), Kunststoffen (z. B. Hohlkörper, Becher, Blister, Folien und Schaumstoffe) sowie Verbundstoffen (z. B. Getränkekartons).
- (12) „Altpapier“ ist gebrauchtes Papier, Pappe oder Kartonagen, das nicht verunreinigt sein darf, wie z.B. Zeitungen, Kataloge, Prospekte, Packpapier, Hefte, Bücher, Kartons/Wellpappe.
- (13) „Glasverpackungen“ sind z. B. Flaschen und Konservengläser (Hohlglas), nicht aber Spiegelglas, Fensterglas und Keramik.
- (14) „Transportschild“ ist das äußere Zeichen (Aufkleber), welches gut sichtbar an der Vorderseite des Abfallbehälters angebracht ist und signalisiert, dass für das Abholen vom Stellplatz entsprechend § 14 Abs. 2 und Abs. 3 eine zusätzliche Leistung erbracht wird und eine Holgebühr zu entrichten ist.
- (15) „Wohngrundstücke“ sind Grundstücke, die im Rahmen einer privaten Lebensführung genutzt werden, insbesondere Wohnungen und zugehörige Grundstücks- oder Gebäudeteile sowie andere vergleichbare Orte wie Wohnheime oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (16) „Saisongenutzte Grundstücke“ im Sinne dieser Satzung sind insbesondere Wochenend- und Gartengrundstücke, die saisonal zum Zwecke der Erholung und/oder gärtnerisch genutzt werden sowie Gartengrundstücke in Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes (BKleingG), aber auch Grundstücke, die vorübergehend als Erholungsgrundstücke genutzt werden, wie z. B. Ferienwohnungen, Ferienhäuser oder Campingplätze.

- (17) „Gewerbe“ im Sinne dieser Satzung sind insbesondere Gewerbebetriebe, Industriebetriebe, Land- und Forstwirtschaftsbetriebe, freiberufliche Tätigkeiten (z. B. Steuer-, Rechtsanwalts-, Versicherungsbüros), Schulen, Kindereinrichtungen, Verwaltungen, Sportstätten, Krankenhäuser, Senioreneinrichtungen, kirchliche Einrichtungen, rechtsfähige Vereine, Stiftungen, sonstige Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts und sonstige Betriebe, bei denen hausmüllähnliche Gewerbeabfälle anfallen und in denen keine selbständige Lebensführung möglich ist.
- (18) „Eigentümer von Grundstücken“ im Sinne dieser Satzung sind die als Eigentümer im Grundbuch Eingetragenen. Besteht an dem Grundstück ein Erbbaurecht, ein Wohnungs- oder Teileigentum, ein Dauernutzungs- oder Dauerwohnrecht, ein Gebäudeeigentum im Sinne des Art. 233 § 4 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) oder ein Nutzungsrecht im Sinne des Art. 233 § 4 Abs. 2 EGBGB, so werden die jeweils dinglich Berechtigten abweichend von Satz 1 als Eigentümer betrachtet. Soweit der Grundstückseigentümer nicht im Grundbuch eingetragen oder die Eigentums- und Berechtigungslage aus sonstigen Gründen ungeklärt ist, wird der berechtigte Besitzer des betroffenen Grundstückes als Eigentümer angesehen. Bei mehreren Eigentümern eines Grundstückes ist jeder berechtigt und verpflichtet, sie haften als Gesamtschuldner.
- (19) „Veranstaltung“ im Sinne dieser Satzung ist ein zeitlich begrenztes Ereignis, bei dem überlassungspflichtiger Abfall anfallen kann.
- (20) Gemeinschaftseinrichtungen sind Unterkünfte mit hoher Fluktuation, in denen Personen dauerhaft oder vorübergehend gemeinschaftlich wohnen und dort ihren Lebensmittelpunkt haben. Dies sind insbesondere Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, sonstige Ausbildungseinrichtungen (Internate), Heime, Pflegeeinrichtungen, Kasernen und ähnliche Einrichtungen.

§ 4 **Umfang der Entsorgungspflicht**

- (1) Die Entsorgung von Abfällen umfasst das Gewinnen von Stoffen und Energie aus Abfällen (Abfallverwertung) und das Beseitigen von Abfällen sowie die hierzu erforderlichen Maßnahmen des Einsammelns, Beförderns, Behandelns und Ablagerns.
- (2) Die Entsorgungspflicht des Entsorgungsbetriebes im Rahmen der Aufgabenübertragung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers umfasst: Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen gemäß § 3 Abs. 9 dieser Satzung, Altpapier außerhalb des Kontingents flächendeckender Rücknahmesysteme (z. B. Duales System Deutschland), die Entsorgung verbotswidrig abgelagerter Abfälle nach § 4 BbgAbfBodG und § 20 Abs. 3 KrWG, Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen soweit sie nicht gemäß § 7 dieser Satzung ausgeschlossen sind sowie Bauabfälle, Altholz und Schrott aus privaten Haushaltungen. § 9 der Satzung bleibt unberührt.

§ 5

Anschluss- und Benutzungzwang

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet des Entsorgungsbetriebes liegenden Grundstücks, auf dem nach Maßgabe dieser Satzung Abfälle zur Beseitigung und/oder nach Maßgabe des § 17 Abs. 1 KrWG überlassungspflichtige Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen anfallen können, ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). Der Anschlusszwang gilt auch für saisongenutzte Grundstücke im Sinne § 3 Abs. 16 dieser Satzung sowie für Erzeuger und Besitzer von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen im Sinne § 3 Abs. 17, 19 und 20 dieser Satzung.

Im Rahmen des Anschlusszwanges ist jeder Eigentümer berechtigt, den Anschluss seines Grundstücks an die Abfallentsorgung des Entsorgungsbetriebes zu verlangen (Anschlussrecht). Den Grundstückseigentümern stehen die Gebäudeeigentümer sowie andere gleich, die das Grundstück bzw. Gebäude tatsächlich nutzen. Das gilt entsprechend für die nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG) zur Verwaltung des Grundstücks bzw. des Gebäudes Befugten.

- (2) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ein auf allen Seiten abgegrenzter Teil der Erdoberfläche, welcher im Grundbuch unter einer Nummer in einem besonderen Grundbuchblatt oder zusammen mit anderen Grundstücken desselben Eigentümers eingetragen ist sowie jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, ohne Rücksicht auf die Grundbuch- oder Katasterbezeichnung.
- (3) Die Anschlusspflichtigen sowie alle anderen Erzeuger und Besitzer von Abfällen, für die eine Überlassungspflicht im Sinne des § 17 Abs. 1 KrWG besteht, sind verpflichtet, die Abfallentsorgung des Entsorgungsbetriebes nach Maßgabe dieser Satzung zu benutzen (Benutzungzwang). In diesem Rahmen sind sie zur Benutzung der Abfallentsorgung berechtigt (Benutzungsrecht).

§ 6

Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungzwang

- (1) Auf schriftlichen Antrag des Anschlusspflichtigen kann der Entsorgungsbetrieb eine Ausnahmegenehmigung vom Anschlusszwang des § 5 für solche Grundstücke erteilen, auf denen Abfälle, die nach § 17 Abs. 1 KrWG dem Entsorgungsbetrieb zur Einsammlung zu überlassen sind, nicht anfallen können. Dies ist dann der Fall, wenn das Grundstück dauerhaft unbewohnt und ungenutzt ist. Bei Wegfall der Voraussetzungen kann die Ausnahmegenehmigung jederzeit widerrufen werden.
- (2) Das Benutzungsrecht entfällt in dem Umfang, in dem eine Ausnahme vom Anschlusszwang besteht. Der Entsorgungsbetrieb kann Stichprobenkontrollen durchführen, um zu überprüfen, ob auf dem Grundstück tatsächlich keine Abfälle, für die eine Ausnahme vom Anschlusszwang zugelassen wurde, anfallen können. Dies ist insbesondere der Fall, wenn das Grundstück dauerhaft unbewohnt und ungenutzt ist.
- (3) Die Regelungen zum Anschluss- und Benutzungzwang gelten nicht für biologisch verwertbare Abfälle.

§ 7

Ausschluss von Abfällen

- (1) Von der Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb sind alle in Anlage I aufgeführten Abfälle ausgeschlossen. Die Anlage I ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Vom Einsammeln und Befördern durch den Entsorgungsbetrieb sind alle in Anlage II aufgeführten Abfälle ausgeschlossen. Die Anlage II ist Bestandteil dieser Satzung.
- (3) Abweichend von Abs. 1 und Abs. 2 kann der Entsorgungsbetrieb mit Zustimmung der zuständigen Behörde allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder im Einzelfall durch Anordnung Abfälle von der Entsorgung insgesamt oder vom Einsammeln und Befördern ausschließen oder einen solchen Ausschluss wieder aufheben. Bis zur endgültigen Entscheidung über den Ausschluss hat der Besitzer die Abfälle so zu lagern, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.
- (4) Soweit Abfälle von der Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb nach Abs. 1 oder Abs. 3 vollständig von der Entsorgung ausgeschlossen sind, dürfen sie den Einrichtungen der öffentlichen Abfallentsorgung nicht überlassen werden. Der Besitzer und Erzeuger dieser Abfälle ist zu ihrer ordnungsgemäßen Entsorgung verpflichtet (§§ 6 bis 10, 15 und 16 KrWG).
- (5) Der Entsorgungsbetrieb legt für Abfälle, die nach Abs. 2 oder Abs. 3 vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossen sind, allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder durch Anordnung im Einzelfall fest, bei welcher Abfallentsorgungsanlage bzw. Annahmestelle die Abfälle anzuliefern sind. Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen bzw. Annahmestellen regelt sich nach den jeweiligen Benutzungsordnungen. In den Benutzungsordnungen können für die Annahme bestimmter Abfälle nach Art und Menge Beschränkungen vorgesehen sowie eine Vorbehandlung verlangt werden, soweit der ordnungsgemäße Betrieb der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage bzw. Annahmestelle dies erfordert.
- (6) Soweit Abfälle einer bestimmten Abfallentsorgungsanlage bzw. Annahmestelle anzudienen sind, kann der Entsorgungsbetrieb allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder durch Anordnung im Einzelfall eine bestimmte Vorbehandlung in einer bestimmten Behandlungsanlage vorschreiben.
- (7) Die nach Abs. 1 bis 3 ausgeschlossenen Abfälle dürfen nicht mit anderen überlassungspflichtigen Abfällen gemäß § 4 Abs. 2 dieser Satzung vermischt werden.

§ 8

Abfallvermeidung

- (1) Jeder Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Entsorgungsbetriebes hat die Menge der bei ihm anfallenden Abfälle und ihren Schadstoffgehalt so gering wie nach den Umständen möglich und zumutbar zu halten.
- (2) Der Entsorgungsbetrieb wirkt bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen in seinen Dienststellen und Einrichtungen und der Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere im Beschaffungs- und Auftragsvergabewesen sowie bei Bauvorhaben darauf hin, dass möglichst wenig Ressourcen eingesetzt sowie möglichst wenig und möglichst schadstoffarme Abfall entsteht und die Wiederverwendung und Wiederverwertung gefördert wird.
- (3) Der Entsorgungsbetrieb wirkt darauf hin, dass bei Veranstaltungen in seinen Einrichtungen und auf seinen Grundstücken einschließlich öffentlicher Verkehrsflächen Speisen und Getränke nur in wiederverwendbarem Geschirr

abgegeben werden, soweit nicht Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entgegenstehen. Dies gilt auch für Märkte.

§ 9 **Leicht- und Glasverpackungen**

- (1) Leichtverpackungen sind in den dafür vorgesehenen gelben Abfallbehältern zur Abholung zu überlassen. Glasverpackungen sind nach Farben getrennt in den dafür zugelassenen Depotcontainern zu überlassen.
- (2) Die Ablagerung von Leicht- und Glasverpackungen neben den Depotcontainern ist verboten.

§ 10 **Abfalltrennung**

- (1) Um eine Abfallverwertung zu ermöglichen, sind folgende Stoffe getrennt zu entsorgen:
 - (a) Altpapier
 - (b) Glasverpackungen nach Farben getrennt
 - (c) biologisch verwertbare Abfälle
 - (d) Klärschlamm
 - (e) Metalle; Schrott
 - (f) Bau- und Abbruchabfälle
 - (g) Elektro- und Elektronikaltgeräte
 - (h) geringe Mengen gefährlicher Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen
 - (i) haushaltstypischer Sperrmüll
 - (j) sonstiger Hausmüll und nicht verwerteter hausmüllähnlicher Gewerbeabfall (Restabfall)
 - (k) Batterien
 - (l) Leichtverpackungen (Verkaufsverpackungen flächendeckender Rücknahmesysteme, z. B. Duales System Deutschland)
 - (m) Altholz
 - (n) Altmedikamente
- (2) Diese Stoffe sind getrennt bereit zu halten und dem Entsorgungsbetrieb nach Maßgabe dieser Satzung zu überlassen. Werden Abfälle überlassen, bei denen verwertbare Stoffe nach Abs. 1 mit nicht verwertbaren Bestandteilen vermischt wurden, so ist der Entsorgungsbetrieb berechtigt, eine Trennung der verwertbaren Bestandteile auf Kosten des Abfallbesitzers durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

§ 11 **Mitwirkungs-, Mitteilungs- und Auskunftspflicht**

- (1) Die nach § 5 dieser Satzung Verpflichteten sowie die Abfallerzeuger und Abfallbesitzer haben über alle Fragen Auskunft zu erteilen, die die Abfallentsorgung und die Gebührenerhebung betreffen. Insbesondere sind sie verpflichtet, jede Änderung zum Anschluss- und Gebührenpflichtigen, einschließlich Anschriftenänderungen nach einem Umzug, unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Des Weiteren sind sie zur unverzüglichen schriftlichen Mitteilung über die Anzahl der mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldeten Personen bei Wohngrundstücken, über die Art und die Anzahl der für ein Gewerbe i. S. d. § 3 Abs. 17 dieser Satzung genutzten Objekte sowie bei saisonenutzten Grundstücken über die Anzahl der das Grundstück regelmäßig nutzenden Personen, über die Zahl und Größe der bereitgestellten Abfallbehälter sowie über Art, Beschaffenheit und voraussichtliche Menge des Abfalls und den Ort des Entstehens sowie über alle weiteren Änderungen verpflichtet.
- (2) Grundstücke, auf denen Abfälle erstmals anfallen werden, hat der Anschlusspflichtige spätestens 3 Wochen vor der Entstehung des Anschluss- und Benutzungzwanges dem Entsorgungsbetrieb schriftlich anzumelden. Die Verpflichtung des Entsorgungsbetriebes zum Einsammeln und Befördern der Abfälle beginnt frühestens 2 Wochen nach der Anmeldung.
- (3) Wechseln der Grundstückseigentümer und andere dinglich Berechtigte, ist sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, den Entsorgungsbetrieb unverzüglich zu benachrichtigen und die nach Abs. 1 erforderlichen Angaben zu machen.
- (4) Die nach Abs. 1 bis 3 erhobenen personenbezogenen Daten können unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert und maschinell verarbeitet werden. Diese Daten dürfen nur bei begründetem Verdacht eines Verstoßes gegen abfallrechtliche Vorschriften an die für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten zuständigen Behörden übermittelt werden. Ausführliche Informationen zum Datenschutz sind auf der Internetseite des Landkreises Märkisch-Oderland unter www.maerkisch-oderland.de/entsorgungsbetrieb zu finden.

§ 12 **Abfallbehälter**

- (1) Für das Einsammeln und Befördern von Hausmüll oder hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Bioabfällen werden Abfallbehälter zugelassen, die der DIN EN 840 (Kunststoffbehältnisse auf Rädern), der DIN EN 12574, der DIN 30720 (Abfallbehälter als Absetzcontainer) und der DIN 30730 (Pressmüllcontainer/PMC) entsprechen; es sind dies Behältnisse
 - (a) mit 80 Liter Fassungsvermögen,
 - (b) mit 120 Liter Fassungsvermögen,
 - (c) mit 240 Liter Fassungsvermögen,
 - (d) mit 660 Liter Fassungsvermögen,
 - (e) mit 1.100 Liter Fassungsvermögen,
 - (f) mit 5.000 Liter Fassungsvermögen,
 - (g) mit 7.000 Liter Fassungsvermögen,

- (h) mit 10.000 Liter Fassungsvermögen,
- (i) mit 20.000 Liter Fassungsvermögen,
- (j) mit 10.000 Liter Fassungsvermögen (PMC),
- (k) mit 20.000 Liter Fassungsvermögen (PMC).

Zugelassen sind überdies die vom Entsorgungsbetrieb mit der Aufschrift „Märkisch-Oderland“ gekennzeichneten Säcke für Hausmüll oder hausmüllähnliche Gewerbeabfälle und zur Laubsammlung sowie die Banderolen zur Ast- und Strauchwerksammlung.

- (2) Die gemäß § 12 Abs. 1 lit. a) bis e) zugelassenen Abfallbehälter werden vom Entsorgungsbetrieb zur Verfügung gestellt und unterhalten. Die Behälter gemäß Abs. 1 gehen nicht in das Eigentum des Anschlusspflichtigen über. Die Abfallbehälter werden über vorgegebene Antragswege (Online/Formular) angefordert und sodann beim Abfallbesitzer aufgestellt. Die bestellten Abfallbehälter werden vor dem angeschlossenen Grundstück an der Fahrbahn ohne Aufstelltermin abgestellt und sind umgehend vom Grundstückseigentümer sicher auf dem Grundstück zu verwahren. Sie verbleiben bei Eigentumswechsel, Mieterwechsel, Wechsel des Gewerbebetriebes usw. auf dem angeschlusspflichtigen Grundstück und dürfen nicht mitgenommen werden. Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 lit. f) bis k) dieser Satzung, die wegen ihrer Größe nicht selbst vom Grundstückseigentümer transportiert werden können, werden vom Entsorgungsbetrieb auf dem vereinbarten Stellplatz abgestellt und wieder abgeholt.
- (3) Die Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 lit. a) bis e) sind mit einem Transponder zur elektronischen Erkennbarkeit (Identsystem) ausgerüstet und werden mit oder ohne Automatik-Schwerkraftschloss zur Verfügung gestellt. Andere Schlösser sind nicht zugelassen. Die Benutzung dieser Abfallbehälter ohne Transponder ist nicht zulässig. Abweichend von Satz 1 werden Bioabfallbehälter ausschließlich ohne Automatik-Schwerkraftschloss zur Verfügung gestellt.
- (4) Für das Einsammeln und Befördern von Altpapier werden Abfallbehälter zugelassen, die der DIN EN 840 entsprechen (Kunststoffbehältnisse auf Rädern); es sind dies Behältnisse
 - (a) mit 240 Liter Fassungsvermögen und
 - (b) mit 1.100 Liter Fassungsvermögen.
- (5) Die gemäß § 12 Abs. 4 zugelassenen Abfallbehälter werden vom Entsorgungsbetrieb zur Verfügung gestellt und unterhalten. Diese Behälter gehen nicht in das Eigentum des Anschlusspflichtigen über. Der bestellte Abfallbehälter wird vor dem angeschlossenen Grundstück an der Fahrbahn ohne Aufstelltermin abgestellt und ist umgehend vom Grundstückseigentümer sicher auf dem Grundstück zu verwahren. Sie verbleiben bei Eigentumswechsel, Mieterwechsel usw. auf dem angeschlusspflichtigen Grundstück und dürfen nicht mitgenommen werden.
- (6) Die Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 4 sind mit einem Transponder zur elektronischen Erkennbarkeit (Identsystem) ausgerüstet und werden ohne Automatik-Schwerkraftschloss zur Verfügung gestellt. Die Benutzung dieser Abfallbehälter ohne Transponder ist nicht zulässig.
- (7) Für das Einsammeln von Abfällen aus Haushaltsauflösungen, Entrümpelungen, Grundstücksberäumungen und Renovierungsarbeiten werden Abfallcontainer als Absetzcontainer (Absetzmulden) zugelassen, die der DIN 30720 entsprechen; es sind Behältnisse
 - (a) mit 3.000 Liter (ohne Deckel) Fassungsvermögen,
 - (b) mit 5.000 Liter (ohne Deckel) Fassungsvermögen,

- (c) mit 7.000 Liter (ohne/mit Deckel) Fassungsvermögen,
(d) mit 10.000 Liter (ohne Deckel) Fassungsvermögen.
- (8) Der Anschlusspflichtige hat Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 in der Anzahl und Größe schriftlich anzufordern, zu übernehmen und für die Benutzung bereitzuhalten, die erforderlich sind, um den auf dem Grundstück innerhalb des Abfuhrzeitraums nach § 15 dieser Satzung regelmäßig anfallenden und der Entsorgungspflicht unterliegenden Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfall ordnungsgemäß aufzunehmen. Soweit das Behältervolumen für den anfallenden Abfall regelmäßig nicht ausreicht, ist er verpflichtet, nach Aufforderung durch den Entsorgungsbetrieb das Aufstellen der erforderlichen Abfallbehälter zu dulden. Er hat einen Anspruch auf Ausstattung mit dem entsprechenden Behältervolumen.
- (9) Für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene Grundstück, auf dem ein Gewerbe i. S. v. § 3 Abs. 17 dieser Satzung betrieben wird, ist je Gewerbe ein Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 lit. b), c) sowie e) bis k) für hausmüllähnlichen Gewerbeabfall bereitzuhalten und zu nutzen. Das anzufordernde Behältervolumen kann durch den Entsorgungsbetrieb nach der Art der Tätigkeit und dem tatsächlichen Abfallaufkommen bestimmt werden. Mindestens ist jedoch ein 120 Liter Behälter je Gewerbe vorzuhalten.
- (10) Für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene bewohnte Grundstück sowie saisongenutzte Grundstück ist ein zugelassener Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 lit. a) bis c) sowie e) bis k) für Hausmüll mit entsprechend ausreichendem Behältervolumen vorzuhalten und zu nutzen. Das vorzuhaltende Mindestbehältervolumen richtet sich bei Wohngrundstücken anhand der Zahl der auf dem Grundstück amtlich gemeldeten Personen. Mindestens ist jedoch ein 80 Liter Behälter je Grundstück vorzuhalten.
- Im Ausnahmefall kann der Entsorgungsbetrieb auf Antrag des Anschlusspflichtigen ersatzweise die Nutzung der vom Landkreis mit der Aufschrift „Märkisch-Oderland 80 l Müllsack“ gekennzeichneten Abfallsäcke genehmigen. Eine Ausnahme liegt insbesondere dann vor, wenn die Bereithaltung des Abfallbehälters auf dem Grundstück nicht möglich ist.
- (11) Bestehen auf dem Grundstück zugleich eine Wohn- und Gewerbenutzung und betreibt eine auf dem Grundstück wohnende Person dieses Gewerbe, so kann der Entsorgungsbetrieb die gemeinsame Benutzung eines Abfallbehälters für die Erfassung des Hausmülls und der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle von Amts wegen oder auf Antrag des Anschlusspflichtigen zulassen.
- (12) Bei vorübergehend erhöhtem Anfall von Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen können die vom Entsorgungsbetrieb mit der Aufschrift „Märkisch-Oderland 80 l Müllsack“ gekennzeichneten Abfallsäcke gegen Entrichtung einer Gebühr erworben und benutzt werden. Das maximale Nettovolumen je Abfallsack beträgt 80 Liter. Der Abfallsack ist zuzubinden und darf ein Gewicht von insgesamt 25 kg nicht überschreiten. Abfallsäcke dienen nicht als Ersatz für unzureichend vorgehaltenes Abfallbehältervolumen. Im Einzelfall kann die Verwendung von Abfallsäcken vorgeschrieben werden.
- (13) Für die Entsorgung von Laub, Rasenschnitt, Gartenabfall und kurzem Strauchschnitt können Bioabfallbehälter oder ggf. vorhandene Restbestände der vom Entsorgungsbetrieb mit der Aufschrift „Märkisch-Oderland Grünabfallsammlung“ gekennzeichneten Laubsäcke aus Kraftpapier genutzt werden. Für Ast- und Strauchwerk können die vom Entsorgungsbetrieb mit der Aufschrift „Märkisch-Oderland Entsorgung von Ast- und Strauchwerk“ gekennzeichneten Banderolen gegen Entrichtung einer Gebühr erworben werden. Die Laubsäcke sowie Ast- und Strauchwerkbündel dürfen ein Gewicht von 20 kg nicht überschreiten. Die Länge der Ast- und Strauchwerkbündel beträgt maximal 1,40 m.

- (14) Für das Einsammeln von Grünabfällen aus Haushalten werden zudem Abfallcontainer als Absetzcontainer (Absetzmulden) zugelassen, die der DIN 30720 entsprechen; es sind Behältnisse
- (a) mit 3.000 Liter (ohne Deckel) Fassungsvermögen,
 - (b) mit 5.000 Liter (ohne Deckel) Fassungsvermögen,
 - (c) mit 7.000 Liter (ohne/mit Deckel) Fassungsvermögen,
 - (d) mit 10.000 Liter (ohne Deckel) Fassungsvermögen.

§ 13 **Benutzung der Abfallbehälter**

- (1) Die Abfälle, die auf einem Grundstück anfallen, müssen in die für dieses Grundstück vom Entsorgungsbetrieb zugeordneten und zur Verfügung gestellten Abfallbehälter und Abfallsäcke gemäß § 12 dieser Satzung entsprechend deren Zweckbestimmung eingefüllt werden. Die Abfallbehälter dürfen nur zweckentsprechend verwendet werden. Abfälle dürfen nicht in anderer Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter gelegt bzw. in Sammelbehälter für Wertstoffe gefüllt oder daneben abgelegt werden.
- (2) Der Grundstückseigentümer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Abfallbehälter allen Bewohnern des Grundstücks zugänglich sind und ordnungsgemäß genutzt werden können.
- (3) Abfälle sind so in die Abfallbehälter einzufüllen, dass deren Beschädigung, das Anfrieren von Abfällen ausgeschlossen und eine einwandfreie Entleerung mühelos und gefahrlos möglich ist. Die Deckel der Abfallbehälter müssen jederzeit zu schließen sein. Das Einschlämmen oder Verdichten des Inhalts ist verboten. Die Abfallbehälter, einschließlich der am Abfallbehälter angebrachten Transponder zur elektronischen Erkennbarkeit, sind stets in einem sauberen, gebrauchsfähigen und unfallsicheren Zustand zu halten. Abfallbehälter, die den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechen, werden von der Abfuhr ausgeschlossen.
- (4) Abfälle dürfen nicht in den Abfallbehältern verbrannt werden. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in die Behälter zu füllen.
- (5) Sperrige Gegenstände sowie Abfälle, insbesondere Schrott, die die Abfallbehälter, die Abfallsammelfahrzeuge oder die Abfallentsorgungsanlagen beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in die Abfallbehälter eingefüllt werden.
- (6) Für das Beschädigen und den Verlust von Abfallbehältern ist vom Anschlusspflichtigen Schadensersatz zu leisten. Dies gilt auch für Beschädigungen oder die Zerstörung eines am Abfallbehälter angebrachten Transponders zur elektronischen Erkennbarkeit. Zu einer Beschädigung zählen auch Bohrungen, Sägeschnitte, das unerlaubte Anbringen von Aufklebern sowie das Anbringen von Farbe auf Abfallbehältern. Die Beschädigung oder der Verlust von Abfallbehältern bzw. von Transpondern zur elektronischen Erkennbarkeit ist dem Entsorgungsbetrieb unverzüglich in Textform anzugeben.
- (7) Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 dieser Satzung, die durch den Gebührenpflichtigen abgemeldet werden bzw. bei denen ein Wechsel des Abfallbehältervolumens vorgenommen werden soll, sind restentleert bereitzustellen. Der Abhol-/Wechseltermin wird dem Gebührenpflichtigen mitgeteilt, der Abfallbehälter ist zum Abhol-/Wechseltermin am Fahrbahnrand an gut erreichbarer Stelle vor dem angeschlossenen Grundstück an der von den Entsorgungsfahrzeugen befahrenen Straße bzw. an den vom Entsorgungsbetrieb festgelegten Stellplätzen bereit zu stellen. Dabei dürfen von den Abfallbehältern

keine Behinderungen oder Gefährdungen der Allgemeinheit und des Straßenverkehrs ausgehen. Soweit die örtlichen Bedingungen es ermöglichen, sollen die Abfallbehälter in einem Abstand von ca. 1 Meter zum Fahrbahnrand bereitgestellt werden. Eine Behälterwechselgebühr ist zu entrichten.

- (8) Jeder Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 dieser Satzung für Hausmüll oder hausmüllähnlichen Gewerbeabfall ist mindestens zweimal pro Kalenderjahr bereitzustellen (Mindestleerungen).

§ 14

Stellplatz, Transportwege und Transportschild für Abfallbehälter

- (1) Der Anschlusspflichtige hat die Aufstellung der Abfallbehälter an einer geeigneten Stelle seines Grundstücks zu gewährleisten. Die Aufstellung der Behälter für mehrere Grundstücke oder Wohnungen kann in Abstimmung mit den Anschlusspflichtigen auf einem gemeinsamen Stellplatz erfolgen. Dies ist dem Entsorgungsbetrieb anzuzeigen.
- (2) Auf Antrag des Anschlusspflichtigen, zu stellen beim Entsorgungsbetrieb, können abweichend von § 15 Abs. 7 dieser Satzung die Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 lit. a) bis d) und § 12 Abs. 4 lit. a) dieser Satzung von ihrem Stellplatz abgeholt und nach der Entleerung dorthin zurückgestellt werden, sofern dies aus technischen Gründen keine erheblichen Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert. Stellplätze und Transportwege müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:
- (a) Stellplatz und Transportweg sind nach den baurechtlichen- und Unfallverhütungsvorschriften anzulegen und so zu gestalten, dass eine Gefährdung ausgeschlossen und ein gefahrloser Transport der Behälter gewährleistet ist. Insbesondere müssen der Stellplatz und der Transportweg festen Untergrund aufweisen, ebenerdig angelegt sein und über eine ausreichende Stellfläche für die jeweils verwendeten Abfallbehälter verfügen und am Tage der Abfuhr frei zugänglich sein. Die freie Zugänglichkeit kann auch durch Übergabe der notwendigen Schlüssel an den beauftragten Dritten sichergestellt werden.
 - (b) Die Abfallbehälter müssen ebenerdig stehen.
 - (c) Der Zugang von der vom Entsorgungsfahrzeug befahrenen Straße zum Stellplatz muss befestigt und verkehrssicher, insbesondere gleitsicher, entwässert und im Winter von Schnee und Eis befreit sein.
 - (d) Der Transportweg vom Stellplatz auf dem angeschlusspflichtigen Grundstück bis zur Fahrbahngrenze ist gebührenpflichtig und bedarf der Abstimmung sowie eines Transportschildes.
 - (e) Der Transportweg muss bei Dunkelheit beleuchtet sein.
 - (f) Der Transportweg sollte nach Möglichkeit keine Stufe aufweisen. Rampen dürfen höchstens ein Steigungsverhältnis von 1:6 haben. Durchgänge müssen mindestens 2 m hoch und 1,80 m breit sein. Etwaige Türen oder Pforten müssen festgestellt werden können.
- (3) Die Abfallbehälter nach § 12 Abs. 1 lit. e) und § 12 Abs. 4 lit. b) dieser Satzung werden von ihrem Stellplatz abgeholt und nach der Entleerung dorthin zurückgestellt, sofern die folgenden Voraussetzungen vorliegen:

- (a) Stellplatz und Transportweg sind nach den baurechtlichen und Unfallverhütungsvorschriften anzulegen und so zu gestalten, dass eine Gefährdung ausgeschlossen und ein gefahrloser Transport der Behälter gewährleistet ist. Insbesondere müssen der Stellplatz und der Transportweg festen Untergrund aufweisen, ebenerdig angelegt sein und über eine ausreichende Stellfläche für die jeweils verwendeten Abfallbehälter verfügen und am Tage der Abfuhr frei zugänglich sein. Die freie Zugänglichkeit kann auch durch Übergabe der notwendigen Schlüssel an den beauftragten Dritten sichergestellt werden.
 - (b) Die Abfallbehälter müssen ebenerdig stehen.
 - (c) Der Zugang von der vom Entsorgungsfahrzeug befahrenen Straße zum Stellplatz muss befestigt und verkehrssicher, insbesondere gleitsicher, entwässert und im Winter von Schnee und Eis befreit sein.
 - (d) Der Transportweg vom Stellplatz bis zur Fahrbahngrenze darf nicht länger als 5 Meter sein. Längere Transportwege sind gebührenpflichtig und bedürfen besonderer Abstimmung sowie eines Transportschildes, welches beim Entsorgungsbetrieb zu beantragen ist.
 - (e) Der Transportweg muss bei Dunkelheit beleuchtet sein.
 - (f) Der Transportweg darf keine Stufe aufweisen. Rampen dürfen höchstens ein Steigungsverhältnis von 1:6 haben. Durchgänge müssen mindestens 2 m hoch und 1,80 m breit sein. Etwaige Türen oder Pforten müssen festgestellt werden können.
- (4) Falls zum Zweck der Entleerung der Abfallbehälter private Grundstücke befahren werden müssen, ist der Grundstückseigentümer bzw. der gemäß dem nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG) Verfügungsberechtigte zur Freihaltung der Zufahrt verpflichtet. Die Zufahrt ist so zu befestigen und zu unterhalten, dass sie von Entsorgungsfahrzeugen befahrbar ist.
- (5) Der Entsorgungsbetrieb kann eine Verlegung des Stellplatzes in Abstimmung mit dem Anschlusspflichtigen veranlassen, wenn die Zufahrt dauerhaft versperrt oder für Entsorgungsfahrzeuge nicht befahrbar ist und dadurch der Transport der Abfallbehälter in unzumutbarer Weise erschwert wird. Dabei sind unbillige Härten entsprechend zu berücksichtigen.
- (6) Die Reinigung der Stellplätze obliegt dem Anschlusspflichtigen.
- (7) Der Anschlusspflichtige hat auf seinem Grundstück nach Maßgabe von § 19 KrWG alle Maßnahmen zu treffen bzw. zu dulden, die erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung sicherzustellen.
- (8) Entsprechen Stellplatz und Transportweg nicht den in Abs. 2 und 3 genannten Bedingungen und können sie aufgrund der örtlichen Begebenheiten nicht geändert werden, so hat der Eigentümer des Nachbargrundstückes entsprechend § 1018 ff. BGB (Grunddienstbarkeit) den Transport der Behälter über sein Grundstück zu dulden, wenn das möglich ist und dadurch keine unzumutbaren Beeinträchtigungen entstehen.

§ 15

Abfuhr der Abfallbehälter

- (1) Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 lit. a) bis d) dieser Satzung, die dem Sammeln von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbeabfall sowie Bioabfällen dienen, werden in der Regel 14-täglich, werktags in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr zu den gleichen Wochentagen entleert. Der Entsorgungsbetrieb kann im Einzelfall oder in bestimmten Abfuhrbereichen Abweichungen hiervon festlegen. Diese werden ortsüblich bekannt gegeben.

- (2) Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 lit. e) bis i) dieser Satzung, die dem Sammeln von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbeabfall dienen, werden in der Regel werktags in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr wöchentlich zu den gleichen Wochentagen entleert. Der Entsorgungsbetrieb kann im Einzelfall oder in bestimmten Abfuhrbereichen Abweichungen hiervon festlegen. Der Anschlusspflichtige kann einen Antrag auf mehrmalige wöchentliche Leerung beim Entsorgungsbetrieb stellen.
- (3) Die Anforderung und gebührenpflichtige Entsorgung über die zugelassenen Abfallbehälter für Veranstaltungen gemäß § 12 Abs. 1 lit. c), e) bis k) sind durch den Abfallbesitzer beim Entsorgungsbetrieb zusätzlich über ein von diesem zur Verfügung gestellten Online Antragsweg oder ein zur Verfügung gestelltes Formular anzumelden. Die Abfallbehältergestellung erfolgt innerhalb von 7 Arbeitstagen nach Eingang der Anmeldung beim Entsorgungsbetrieb. Die Abholung und Entleerung erfolgt auf Veranlassung des Abfallbesitzers in Abstimmung mit den beauftragten Dritten.
- (4) Die Abholung der Abfallsäcke erfolgt mit den Leerungen nach Abs. 1 und 2.
- (5) Können die Abfallbehälter oder Abfallsäcke aus einem von dem beauftragten Dritten zu vertretenden Grund nicht entleert bzw. abgefahren werden, so wird die Entleerung bzw. Abfuhr unverzüglich nachgeholt. Fällt der Abholtag auf einen gesetzlichen Feiertag, so wird die Abfuhr vorgezogen oder sobald als möglich - auch samstags - nachgeholt.
- (6) Die Abfuhrtermine für private Haushaltungen werden in der AbfallApp MOL und unter www.maerkisch-oderland.de/tourenplan bekannt gegeben. Darüber hinaus kann ein gedruckter Abfuhrplan beim Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland angefordert werden.
- (7) Die Abfallbehälter sind am Abfuhrtag bis 6:00 Uhr morgens am Fahrbahnrand an gut erreichbarer Stelle vor dem angeschlossenen Grundstück an der von den Entsorgungsfahrzeugen befahrenen Straße bzw. an den vom Entsorgungsbetrieb festgelegten Stellplätzen bereit zu stellen. Dabei dürfen von den Abfallbehältern keine Behinderungen oder Gefährdungen der Allgemeinheit und des Straßenverkehrs ausgehen. Soweit die örtlichen Bedingungen es ermöglichen, sollen die Abfallbehälter in einem Abstand von ca. 1 Meter zum Fahrbahnrand bereitgestellt werden. Wenn die örtlichen Gegebenheiten oder erhöhte Verkehrsgefährdung eine fahrbahnnahe Bereitstellung verhindern, ist eine Bereitstellung innerhalb des Straßenbereiches in einem Abstand von bis zu 5 Metern zum Fahrbahnrand zulässig.
- (8) Abfallsäcke sind zugebunden am Tag der Entsorgung bis 6:00 Uhr morgens zur Entsorgung am Fahrbahnrand an der von den Entsorgungsfahrzeugen befahrenen Straße bereitzustellen. Soweit eine Bereitstellungspflicht nach Abs. 7 besteht, sind die Abfallsäcke neben den jeweiligen Abfallbehälter zu stellen.
- (9) Ist die Bereitstellung der Abfallbehälter nach Absatz 7 oder die Bereitstellung von Abfallsäcken nach Absatz 8 nicht unmittelbar vor dem angeschlusspflichtigen Grundstück bzw. dessen Einfriedung möglich, kann der Entsorgungsbetrieb Märkisch-Oderland einen geeigneten anderen Bereitstellungsplatz, ggf. unter Erteilung von Auflagen, festlegen wenn:
- der öffentliche Verkehrsraum gefährdet wird,
 - anhaltend schlechte Witterung (z. B. Schnee und Eis) die Befahrbarkeit von Zuwegungen verhindert,
 - eine vorübergehende Straßensperrung existiert (z. B. Baustellen),
 - der äußere Zustand der Zufahrtsstraße die Befahrbarkeit für Abfallsammelfahrzeuge nicht zulässt oder

- e) eine Zufahrtsstraße aus sonstigen Gründen nicht von Abfallsammelfahrzeugen befahren werden kann (z.B. ungenügende Durchfahrtsbreiten und -höhen, Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit, Privatstraßen).
- (10) Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter durch den Anschlusspflichtigen am Tag der Abfuhr von der öffentlichen Verkehrsfläche zu entfernen und sicher auf seinem Grundstück zu verwahren.

§ 16

Biologisch verwertbare Abfälle

- (1) Bioabfälle im Sinne von § 3 Absatz 7 KrWG sind die unter § 3 Abs. 2 dieser Satzung genannten Abfälle.
- (2) Kompostierbare Abfälle aus privaten Haushaltungen können vorrangig auf dem Grundstück, auf dem sie anfallen, kompostiert werden (Eigenkompostierung).
- (3) Ist eine Eigenkompostierung auf dem Grundstück nicht möglich oder beabsichtigt, können Bioabfälle aus privaten Haushaltungen gemäß § 17 Absatz 1 KrWG dem Entsorgungsbetrieb überlassen werden. Nachbarn können die Eigenkompostierung gemeinsam betreiben.
- (4) Gewerbebetriebe können Bioabfälle grundsätzlich überlassen. Auf gewerblich genutzten Grundstücken kann die Aufstellung von Biotonnen jedoch nur auf Antrag erfolgen, soweit diese Abfälle in haushaltstypischer Art und Menge anfallen. Gastronomische Einrichtungen, Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und sonstige lebensmittelverarbeitende Gewerbe dürfen nur biologisch verwertbare pflanzliche Abfälle (etwa Obst- und Gemüsereste, Blumentischschmuck, Rasenschnitt) überlassen. Das Getrennthaltingsgebot nach dem „Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG)“, in der jeweils gültigen Fassung, und der „Verordnung zur Durchführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebV)“, in der jeweils gültigen Fassung, ist zwingend zu beachten.
- (5) Die Überlassung von Bioabfällen hat in den dafür zugelassenen Behältern gemäß § 12 Abs. 1 lit. a) bis d) dieser Satzung zu erfolgen. Das zulässige Füllgewicht der Abfallbehälter beträgt maximal für 80 l Abfallbehälter 40 kg, für 120 l Abfallbehälter 50 kg, für 240 l Abfallbehälter 95 kg und für 660 l Abfallbehälter 200 kg. Bioabfälle dürfen nicht mit anderen Abfällen, außer den kompostierbaren Abfällen gemäß § 3 Abs. 3 dieser Satzung, vermischt werden. Bioabfall darf nicht in Kunststoffbeuteln oder -folien, selbst wenn diese als biologisch abbaubar deklariert sind, in die zugelassenen Behälter eingefüllt werden.
- (6) Biologisch verwertbare Garten-, Park- und Landschaftspflegeabfälle, die vom Abfallerzeuger nicht in einem Abfallbehälter überlassen und nicht selbst kompostiert werden, sind wie folgt zu überlassen:
 - a) Über vom Entsorgungsbetrieb zugelassene Absetzcontainer gemäß § 12 Abs. 14 dieser Satzung. Die gebührenpflichtige Entsorgung über die zugelassenen Container ist durch den Abfallbesitzer beim Entsorgungsbetrieb über die zur Verfügung gestellten Antragswege (Online/Formular) anzumelden.
 - b) Über Laubsäcke und Banderolen für Ast- und Strauchwerk gemäß § 12 Abs. 13 dieser Satzung auf Antrag bzw. auf Abruf. Ein Entsorgungstermin wird innerhalb von 14 Tagen ab Antrag (Online / Telefon) mitgeteilt.
 - c) Durch Selbstanlieferung an der Abfallumschlagstation bzw. anderen ausgewiesenen Grünabfallannahmestellen des Entsorgungsbetriebes Märkisch-Oderland.

- (7) Für die Benutzung, Aufstellung und Leerung der Abfallbehälter für Bioabfälle gelten die Festlegungen des § 12 Abs. 1 lit. a) bis d), 2, 3 und §§ 13, 14, 15 dieser Satzung sinngemäß. Die Regelung des § 13 Abs. 8 dieser Satzung (Mindestleerungen) findet keine Anwendung.
- (8) Die Leerung der Abfallbehälter für Bioabfälle erfolgt in der Regel 14-täglich werktags in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr zu den gleichen Wochentagen. § 15 Abs. 1, 5 bis 9 dieser Satzung gilt entsprechend.
- (9) Weihnachtsbäume können im Rahmen der Weihnachtsbaumsammlung bereitgestellt werden. Es werden nur völlig abgeschmückte Weihnachtsbäume aus privaten Haushaltungen abgeholt, die eine Länge von 3,00 m nicht überschreiten. Die Abholung der Weihnachtsbäume erfolgt jährlich einmalig zu den veröffentlichten Abfuhrterminen.
- (10) Die zugebundenen Laubsäcke, die mit der Banderole versehenen Ast- und Strauchwerkbündel und die Weihnachtsbäume sind am Tag der Entsorgung bis 6:00 Uhr morgens zur Entsorgung am Fahrbahnrand an der von den Entsorgungsfahrzeugen befahrenen Straße unfallsicher bereitzustellen/bereitzulegen. Sofern Laubsäcke am Tag der Entsorgung aufgerissen vorgefunden werden oder diese beim Anheben aufreißen, erfolgt keine Entsorgung. § 15 Abs. 5 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 17

Elektro- und Elektronikaltgeräte und haushaltstypischer Sperrmüll

- (1) Elektro- und Elektronikaltgeräte und haushaltstypischer Sperrmüll werden getrennt aus privaten Haushaltungen abgeholt (Sperrmüllsammlung) und einer Verwertung bzw. einer umweltgerechten Beseitigung zugeführt.
- (2) Die Möglichkeit, Elektro- und Elektronikaltgeräte bei einer Handelseinrichtung zur Verwertung abzugeben, bleibt unberührt.
- (3) Besitzer von Altgeräten im Sinne des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG) haben diese gemäß § 10 **ElektroG** einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen. Die Übergabe kann auch im Bringsystem an der unter § 26 Abs. 1 dieser Satzung genannten Übergabestelle erfolgen. Die Regelungen unter Abs. 1, 2, 4 dieses Paragraphen bleiben unberührt.
- (4) Elektro- und Elektronikaltgeräte und haushaltstypischer Sperrmüll werden bis zu dreimal jährlich aus privaten Haushaltungen abgeholt, soweit das Grundstück an die Abfallentsorgung angeschlossen ist. Für haushaltstypischen Sperrmüll gilt eine Mengenbegrenzung gemäß Absatz 8. Die Abholung erfolgt innerhalb von drei Wochen nach Eingang einer Anmeldung des Abfallbesitzers in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr. Die Anmeldung zur Abholung ist direkt an den beauftragten Dritten schriftlich unter Angabe von Art und Menge über einen zur Verfügung gestellten Online Antragsweg oder telefonisch direkt beim beauftragten Dritten aufzugeben. Elektro- und Elektronikaltgeräte können auch im Bringsystem an der Abfallumschlagstation, Horst-Wilhelm-Otto-Weg, 15562 Rüdersdorf bei Berlin/OT Tasdorf und auf dem Betriebshof der ALBA Berlin GmbH, Schulzendorfer Str. 13, 16269 Wriezen abgegeben werden. Haushaltstypischer Sperrmüll kann gebührenpflichtig auch im Bringsystem an der Abfallumschlagstation, Horst-Wilhelm-Otto-Weg, 15562 Rüdersdorf bei Berlin/OT Tasdorf und auf dem Betriebshof der ALBA Berlin GmbH, Schulzendorfer Str. 13, 16269 Wriezen abgegeben werden.

- (5) Elektro- und Elektronikaltgeräte und haushaltstypischer Sperrmüll sind vom Abfallbesitzer am Abfuhrtag bis spätestens 6:00 Uhr unverpackt und unfallsicher an der dem angeschlossenen Grundstück nächstgelegenen Haltemöglichkeit des Sammelfahrzeugs bereitzustellen. Der Entsorgungsbetrieb kann die Bereitstellungsstelle gesondert festlegen. Der Straßenverkehr darf durch die Bereitstellung nicht behindert werden. Die Verladung muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust durch zwei Personen von Hand gefahr- und schadlos möglich und auch im Übrigen zumutbar sein.
- (6) Die Abfuhrtermine werden dem Abfallbesitzer spätestens sieben Kalendertage zuvor in Textform oder telefonisch mitgeteilt. Die postalische Adresse, Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse des beauftragten Dritten werden im Abfallratgeber, in der AbfallApp MOL und unter www.maerkisch-oderland.de/entsorgungsbetrieb bekannt gegeben.
- (7) Schrott, Elektro- und Elektronikaltgeräte und haushaltstypischer Sperrmüll aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen sind auf Kosten des Abfallbesitzers bzw. -erzeugers einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Erfolgt keine Verwertung des Sperrmülls, ist dieser dem Entsorgungsbetrieb durch Anlieferung zu überlassen und auf den in § 26 dieser Satzung genannten Abfallentsorgungsanlagen zu überlassen. Eine Bereitstellung im Rahmen der haushaltstypischen Sperrmüllsammlung ist nicht zulässig. Altholz ist gemäß der Verordnung über die Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung – AltholzV) zu entsorgen.
- (8) Die Regelungen der Abs. 1 und 4 gelten nicht für Haushaltsauflösungen, Grundstücksentrümpelungen und Gegenstände aus Bau-, Umbau-, Abriss- und Instandhaltungsmaßnahmen. Ferner gilt für haushaltstypischen Sperrmüll eine Mengenbegrenzung von 3 m³ je Haushalt und Abholtermin sowie ein Maximalgewicht je Gegenstand von 50 kg.
- (9) Haushaltstypische Abfälle aus Haushaltsauflösungen, Entrümpelungen, Grundstücksberäumungen und Renovierungsarbeiten sind gebührenpflichtig über die vom Entsorgungsbetrieb zugelassenen Container gemäß § 12 Abs. 7 einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Die Regelungen gemäß Satz 1 gelten darüber hinaus auch für haushaltstypischen Sperrmüll, der in einer über die Mengenbegrenzung nach Absatz 8 hinausgehenden Menge anfällt. Die gebührenpflichtige Entsorgung über die zugelassenen Container ist durch den Abfallbesitzer beim Entsorgungsbetrieb über die zur Verfügung gestellten Antragswege (Online/Formular) anzumelden. Der Entsorgungsbetrieb erstellt für den Abfallbesitzer eine Beispielübersicht, welche Abfälle über die Abfallcontainer erfasst werden und welche nicht. Gefährliche und mineralische Bauabfälle (Ausnahme: Toilettenbecken, Waschbecken) sind von der Sammlung ausgeschlossen.
- (10) Leuchstoffröhren, Energiesparlampen und Photovoltaikmodule sind gemäß ElektroG kostenfrei an den dafür eingerichteten Sammelstellen zurückzugeben. Rückgaben von Photovoltaikmodulen, Leuchstoffröhren und Energiesparlampen können an der Abfallumschlagstation, Horst-Wilhelm-Otto-Weg, 15562 Rüdersdorf bei Berlin/OT Tasdorf erfolgen. Ferner können zusätzlich Photovoltaikmodule am Betriebshof der ALBA Berlin GmbH, Schulzendorfer Str. 13, 16269 Wriezen und Leuchstoffröhren am Schadstoffmobil abgegeben werden. Elektro- und Elektronikkleingeräte, welche in keiner Dimension größer als 50 cm sind, können an allen beiden v. g. Standorten abgegeben werden.

§ 18

Schrott

- (1) Schrott wird getrennt aus privaten Haushaltungen abgeholt (auch im Rahmen der Sperrmüllsammlung) und einer Verwertung zugeführt.

- (2) Die Abholung von Schrott erfolgt innerhalb von drei Wochen nach Eingang einer Anmeldung des Abfallbesitzers in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr. Die Anmeldung zur Abholung ist über einen zur Verfügung gestellten Online Antragsweg oder telefonisch direkt beim beauftragten Dritten aufzugeben.
- (3) Schrott ist vom Abfallbesitzer am Abfuhrtag unverpackt und unfallsicher bis spätestens 6:00 Uhr an der dem angeschlossenen Grundstück nächstgelegenen Haltemöglichkeit des Sammelfahrzeuges bereitzustellen. Der Entsorgungsbetrieb kann die Bereitstellungsstelle gesondert festlegen. Der Straßenverkehr darf durch die Bereitstellung nicht behindert werden. Die Verladung muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust durch zwei Personen von Hand gefahr- und schadlos möglich und auch im Übrigen zumutbar sein.
- (4) Die Abfuhrtermine werden dem Abfallbesitzer spätestens sieben Kalendertage zuvor schriftlich oder telefonisch mitgeteilt. Die postalische Adresse, Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse des beauftragten Dritten werden im Abfallratgeber, in der AbfallApp MOL und unter www.maerkisch-oderland.de/entsorgungsbetrieb bekannt gegeben.
- (5) Schrott kann auch im Bringsystem an der Abfallumschlagstation, Horst-Wilhelm-Otto-Weg, 15562 Rüdersdorf bei Berlin/OT Tasdorf und auf dem Betriebshof der ALBA Berlin GmbH, Schulzendorfer Str. 13, 16269 Wriezen abgegeben werden.

§ 19

Sammlung von gefährlichen Abfällen

- (1) Gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen sind an den mobilen Sammelstellen persönlich an die Servicekräfte der Sammelstellen zu überlassen. Die Sammlung erfolgt mindestens zweimal jährlich in der Zeit von 7:00 bis 19:00 Uhr an verschiedenen Haltepunkten. Ort und Zeit der mobilen Sammlungen von gefährlichen Abfällen aus privaten Haushaltungen sind Bestandteil der jährlich veröffentlichten Abfuhrtermine.
Auf Antrag können gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen kostenpflichtig beim Abfallbesitzer abgeholt werden. Die Abholung erfolgt innerhalb von zehn Wochen nach Eingang einer Anmeldung des Abfallbesitzers. Die Anmeldung zur Abholung ist über die zur Verfügung gestellten Antragswege (Online/Formular) an den Entsorgungsbetrieb zu übermitteln.
- (2) Gefährliche Abfälle aus anderen Herkunftsgebieten zur Beseitigung sind den mobilen Sammelstellen zu überlassen sofern eine Menge von 2.000 kg im Jahr nicht überschritten wird. Auf Antrag können gefährliche Abfälle aus anderen Herkunftsgebieten kostenpflichtig beim Abfallbesitzer abgeholt werden. Die Abholung erfolgt innerhalb von zehn Wochen nach Eingang einer Anmeldung des Abfallbesitzers. Die Anmeldung zur Abholung ist über die zur Verfügung gestellten Antragswege (Online/Formular) an den Entsorgungsbetrieb zu übermitteln.
- (3) Gerätebatterien, Industriebatterien, Starterbatterien sowie Batterien für leichte Verkehrsmittel (LV-Batterien) aus privaten Haushalten können an der Abfallumschlagstation Rüdersdorf, Horst-Wilhelm-Otto-Weg in 15562 Rüdersdorf bei Berlin/OT Tasdorf, angeliefert werden.
Allein in der mobilen Sammlung (Hol- und Bringsystem) gilt für die Abgabe von Lithiumbatterien gemäß der TRGS 520 eine Gewichtsbeschränkung (Bruttogewicht je Batterie) von 500 g.
- (4) Die Möglichkeit, Batterien, Altöl sowie andere Abfälle bei den jeweiligen Inverkehrbringern im Rahmen von Rücknahmesystemen abzugeben, bleibt unberührt.

- (5) Können Sammlung oder Abholung aus einem von dem beauftragten Dritten zu vertretenden Grund nicht durchgeführt werden, so wird die Sammlung bzw. Abholung unverzüglich nachgeholt. Die geänderten Sammeltermine und -orte werden rechtzeitig bekannt gemacht. Ein neuer Abholtermin ist mit dem betroffenen Abfallbesitzer in geeigneter Weise abzustimmen.

§ 20

Hausmüll

- (1) Soweit Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle nicht nach § 7 dieser Satzung ausgeschlossen sind, sind diese in den nach § 12 Abs. 1 lit. a) bis c) und e) bis k) dieser Satzung zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen.
- (2) Andere Stoffe als Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle dürfen in den Abfallbehältern nach § 12 Abs. 1 lit. a) bis c) und e) bis k) dieser Satzung nicht überlassen werden.

§ 21

Altpapier

- (1) Die Abfälle, die auf einem Grundstück anfallen und ausschließlich aus Papier oder Pappe bestehen und nicht verunreinigt sind (Altpapier), müssen in die für dieses Grundstück vom Entsorgungsbetrieb zugeordneten und zur Verfügung gestellten Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 4 dieser Satzung entsprechend deren Zweckbestimmung eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in anderer Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter gelegt bzw. in Sammelbehälter für Wertstoffe gefüllt oder daneben abgelegt werden.
- (2) Das Getrenntsammelsystem des Landkreises für Altpapier darf für die Sammlung von gebrauchten Verkaufsverpackungen aus Papier, Pappe und Kartonagen, die in privaten Haushaltungen anfallen, mit genutzt werden.
- (3) Der Landkreis entsorgt auch Altpapier aus vergleichbaren Anfallstellen gemäß des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz – VerpackG) in haushaltsüblichen Mengen, das ihm in den zugelassenen Papierbehältern nach Maßgabe dieser Satzung überlassen wird.
- (4) Für jedes an die Abfallentsorgung angeschlossene bewohnte Grundstück sowie saisongenutzte Grundstück ist mindestens ein Abfallbehälter nach § 12 Abs. 4 lit. a) dieser Satzung für Altpapier bereitzuhalten. Der Entsorgungsbetrieb kann auf Antrag des Anschlusspflichtigen eine Ausnahme von Satz 1 genehmigen. Eine Ausnahme liegt insbesondere dann vor, wenn die Bereithaltung des Abfallbehälters auf dem Grundstück nicht möglich ist.
- (5) Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 4 lit. a) dieser Satzung, die dem Sammeln von Altpapier dienen, werden in der Regel 4-wöchentlich werktags und die Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 4 lit. b) dieser Satzung werden in einem wöchentlichen, 14-täglichen bzw. 4-wöchentlichen Rhythmus in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr grundsätzlich zu den gleichen Wochentagen entleert. Der Entsorgungsbetrieb kann im Einzelfall oder in bestimmten Abfuhrbereichen Abweichungen hiervon festlegen. Diese werden ortsüblich bekannt gegeben.

§ 22
Selbstbeförderung zu
Abfallentsorgungsanlagen/Annahmestellen

- (1) Der Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch den Entsorgungsbetrieb ausgeschlossen ist (§ 7 dieser Satzung), ist verpflichtet, seine Abfälle zum Zwecke des Behandelns, Lagern oder Beseitigens zu zugelassenen Abfallentsorgungsanlagen oder Annahmestellen des Entsorgungsbetriebes (§ 26 Abs. 1 dieser Satzung) zu befördern oder befördern zu lassen. Dies gilt nur, soweit Erzeuger und Besitzer von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen die Abfälle nicht in eigenen Anlagen beseitigen oder überwiegende öffentliche Interessen eine Überlassung erfordern.
- (2) Der Entsorgungsbetrieb kann allgemein durch amtliche Bekanntmachung oder im Einzelfall durch Anordnung eine Überlassung an andere Abfallentsorgungsanlagen oder Annahmestellen bestimmen. Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen bzw. Annahmestellen bemisst sich nach den jeweiligen Benutzungsordnungen. In den Benutzungsordnungen können für die Annahme bestimmter Abfälle nach Art und Menge Beschränkungen vorgesehen sowie eine Vorbehandlung verlangt werden, soweit der ordnungsgemäße Betrieb der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage dies erfordert.

§ 23
Anfall der Abfälle, Eigentumsübertragung

- (1) Als angefallen zum Einsammeln und Befördern gelten Abfälle, die in zulässiger Weise gemäß §§ 13 bis 21 bereitgestellt bzw. an die Sammelstelle verbracht wurden. Als angefallen zum Behandeln, Lagern und Ablagern in den Abfallentsorgungsanlagen bzw. Annahmestellen gelten Abfälle, sobald sie in zulässiger Weise auf das Gelände der entsprechenden Abfallentsorgungsanlage bzw. Annahmestelle verbracht worden sind.
- (2) Die Abfälle gehen in das Eigentum des Entsorgungsbetriebes über, sobald sie in die Sammelfahrzeuge verladen sind bzw. wenn sie dem Entsorgungsbetrieb auf den Abfallentsorgungsanlagen bzw. Annahmestellen unmittelbar und ordnungsgemäß übergeben werden.
- (3) Der Entsorgungsbetrieb ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorengegangenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsache behandelt.
- (4) Unbefugten Dritten ist es nicht gestattet, angefallene Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 24
Andere Berechtigte und Verpflichtete

- (1) Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Verfügungsberechtigte gemäß dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG), Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer im Sinne des Wohneigentumsgesetzes sowie alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigte. Die Grundstückseigentümer werden in ihren Verpflichtungen jedoch nicht dadurch befreit, dass neben ihnen noch andere Pflichtige vorhanden sind.

- (2) Mehrere Eigentümer eines Grundstücks haften als Gesamtschuldner.

§ 25

Unterbrechung der Abfallentsorgung

- (1) Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, durch witterungsbedingte Betriebsstörungen, behördliche Verfügungen, Bauarbeiten, Streiks oder Verlegung des Zeitpunktes der Abfallentsorgung kurzfristig eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, hat der Anschlusspflichtige keinen Anspruch auf Schadensersatz, Ermäßigung oder Erlass von Gebühren.
- (2) Ist die Abfallentsorgung aus einem der o. g. Gründe unterblieben, so wird sie unverzüglich nachgeholt.

§ 26

Abfallentsorgungsanlagen/Annahmestellen

- (1) Abfälle, für die eine Überlassungspflicht zur Entsorgung gegenüber dem Entsorgungsbetrieb besteht, sind an der Abfallumschlagstation, Horst-Wilhelm-Otto- Weg, 15562 Rüdersdorf bei Berlin/OT Tasdorf an der B1 gebührenpflichtig anzuliefern.

Im Kleinanlieferbereich der Abfallumschlagstation dürfen Abfälle entsprechend der Gebührengruppe gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 1, 3, 5, 7, 8, 13 und 14 der Abfallgebührensatzung des Landkreises Märkisch-Oderland 2026 (Abfallgebührensatzung 2026) aus privaten Haushaltungen und in Kleinmengen aus anderen Herkunftsbereichen angeliefert werden, soweit diese mittels PKW, PKW mit Anhänger oder Kleintransporter bis zu einem Gesamtgewicht von 7,5 t angeliefert werden.

Ferner werden im Kleinanlieferbereich der Abfallumschlagstation gefährliche Abfälle entsprechend der Gebührengruppe gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 9 – 12 der Abfallgebührensatzung 2026 aus privaten Haushaltungen und Kleinmengen (maximal 2.000 kg pro Jahr) aus anderen Herkunftsbereichen angenommen, soweit diese mittels PKW, PKW mit Anhänger oder Kleintransporter bis zu einem Gesamtgewicht von 7,5 t angeliefert werden. Die Anlieferung von Abfällen gemäß der Gebührengruppe gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 6 der Abfallgebührensatzung ist nur aus privaten Haushaltungen zulässig.

Altreifen gemäß der Gebührengruppe gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 15 der Abfallgebührensatzung dürfen nur aus privaten Haushaltungen angeliefert werden.

Spermüll aus privaten Haushaltungen sowie kompostierbare Abfälle können zusätzlich auf dem Betriebshof der ALBA Berlin GmbH, Schulzendorfer Str. 13, 16269 Wriezen gebührenpflichtig angeliefert werden.

Der Entsorgungsbetrieb kann andere Abfallentsorgungsanlagen oder Annahmestellen festlegen. Dies ist ortsüblich bekannt zu machen.

- (2) Es dürfen grundsätzlich nur Abfälle angeliefert werden, die im Gebiet des Entsorgungsbetriebes anfallen oder im Rahmen eines weiter gefassten abfallwirtschaftlichen Verbundes entsorgt werden. Der Anlieferer hat die Art, die Menge und die Herkunft der Abfälle bei der Anlieferung schriftlich und verbindlich zu belegen.
- (3) An der Abfallumschlagstation und dem Betriebshof der ALBA gilt die jeweils gültige Benutzungsordnung.

- (4) Der Entsorgungsbetrieb ist berechtigt, insbesondere im Hinblick auf § 7 Abs. 1 und Abs. 3 dieser Satzung chemisch-physikalische Untersuchungen der in seinen Abfallentsorgungsanlagen zu beseitigenden Abfallstoffe durchzuführen oder Untersuchungen durch sachverständige Dritte zu veranlassen. Die Kosten der Untersuchung hat, im Falle eines Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen oder eine Bestimmung dieser Satzung, der Abfallbesitzer bzw. der Anlieferer zu tragen.
- (5) Kann ein Abfall nur nach Vorbehandlung entsorgt werden, so hat der Abfallbesitzer, soweit zumutbar, auf seine Kosten die Vorbehandlung durchzuführen oder in der entsprechenden kreiseigenen Anlage durchführen zu lassen.
- (6) Die Anlieferung soll in geschlossenen Fahrzeugen erfolgen. Werden offene Fahrzeuge verwendet, so müssen die Abfälle gegen Herunterfallen gesichert sein. Erhebliche Belästigungen, insbesondere durch Geruch, Staub oder Lärm, dürfen nicht auftreten. Asbestzementabfälle und andere asbesthaltige Abfälle dürfen nur verpackt angeliefert werden.
- (7) Der Entsorgungsbetrieb ist berechtigt, dem Abfallbesitzer bzw. Anlieferer weitere Auflagen zu erteilen, wie und in welcher Form Abfälle angeliefert werden müssen.
- (8) Der Entsorgungsbetrieb oder der von ihm beauftragte Dritte auf der Abfallumschlagstation bzw. Annahmestelle weist Abfallanlieferungen zurück bzw. veranlasst ihren kostenpflichtigen Ab- bzw. Rücktransport, wenn
 1. diese von der Entsorgung ausgeschlossene Stoffe enthalten;
 2. diese in nicht nur geringfügigem Umfang Pappe, Papier, Kartonagen, Flaschen und andere Behälter aus Glas, Metalle, Holz, sortenreine Kunststoffe enthalten;
 3. nicht nachgewiesen ist, dass sie im Gebiet des Entsorgungsbetriebes angefallen sind;
 4. bei Gewerbeabfällen die Zusammensetzung und betriebliche Herkunft nicht belegt ist;
 5. Asbestabfälle und asbesthaltige Abfälle bei der Anlieferung nicht vollständig verpackt sind.
- (9) Bei Einschränkungen oder Unterbrechungen der Entsorgungsmöglichkeiten auf bzw. in den Anlagen infolge von Betriebsstörungen, gesetzlicher Feiertage oder wegen Umständen, auf die der Entsorgungsbetrieb oder die Beauftragten keinen Einfluss haben, besteht kein Anspruch auf Anlieferung oder auf Schadenersatz.
- (10) Bauschutt und Bodenaushub können gleichermaßen auch an zugelassene Recyclinganlagen im Landkreis überlassen werden. Zugelassene Recyclinganlagen im Landkreis sind unter der Internetseite des Landes Brandenburg: <https://abfalldaten.brandenburg.de> aufgeführt.

§ 27 **Modellversuche**

Zur Erprobung neuer Methoden der Abfallvermeidung, -sammlung, -entsorgung und -finanzierung kann der Entsorgungsbetrieb örtlich und zeitlich begrenzte Modellversuche durchführen, wenn die Finanzierung der Modellversuche gesichert ist.

§ 28 **Haftung**

- (1) Der Entsorgungsbetrieb haftet beim Betrieb der Abfallentsorgung nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Die Benutzer der Abfallentsorgungs- und Aufbereitungsanlagen haben für Schäden, die durch Nichtbeachtung dieser Satzung oder der jeweils geltenden Betriebsordnung erwachsen, Schadensersatz zu leisten. In diesen Fällen haben die Benutzer den Entsorgungsbetrieb auch von allen gegen ihn gerichteten Ansprüchen Dritter freizustellen. Die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgungs- und Aufbereitungsanlagen haften für Schäden, die durch eine unsachgemäße oder den Bestimmungen dieser Satzung oder der jeweils geltenden Betriebsordnung widersprechenden Benutzung der Einrichtung der Abfallentsorgung entstehen. Die Haftung erstreckt sich auch auf Schäden und Folgekosten, die mit der unerlaubten Ablagerung von Abfällen in Zusammenhang stehen.

Die Eingangssichtkontrolle durch das jeweilige Personal der Abfallumschlagstation und der Aufbereitungsanlage befreit den Benutzer nicht von seiner Haftung.

§ 29

Gebühren

Für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung und sonstiger abfallwirtschaftlicher Maßnahmen werden Gebühren nach der Abfallgebührensatzung des Landkreises in der jeweils gültigen Fassung erhoben.

§ 30

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er insbesondere:
1. entgegen § 5 Abs. 1 dieser Satzung dem Anschlusszwang nicht nachkommt;
 2. entgegen § 5 Abs. 3 dieser Satzung Abfälle, die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallen, nicht dem Entsorgungsbetrieb überlässt und dem Benutzungzwang nicht nachkommt;
 3. entgegen § 7 Abs. 4 dieser Satzung ausgeschlossene Abfälle der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt;
 4. entgegen § 9 Abs. 2 dieser Satzung Leicht- und Glasverpackungen neben den Depotcontainern ablagert;
 5. entgegen § 10 dieser Satzung Stoffe nicht getrennt entsorgt;
 6. seiner Meldepflicht gemäß § 11 Abs. 1 dieser Satzung nicht nachkommt;
 7. den erstmaligen Anfall von Abfall oder wesentliche Veränderungen nicht unverzüglich anmeldet (§ 11 Abs. 2 und Abs. 3 dieser Satzung);
 8. entgegen § 12 Abs. 2 dieser Satzung die zugelassenen Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 1 lit. a) bis k) von dem angeschlusspflichtigen Grundstück entfernt und auf ein anderes Grundstück verbringt;
 9. entgegen § 12 Abs. 5 dieser Satzung die zugelassenen Abfallbehälter gemäß § 12 Abs. 4 lit. a) und b) von dem angeschlusspflichtigen Grundstück entfernt und auf ein anderes Grundstück verbringt;
 10. entgegen § 12 Abs. 8 und Abs. 9 dieser Satzung kein ausreichendes Behältervolumen bereithält, indem er die Aufstellung eines Abfallbehälters mit einem größeren und ausreichenden Behältervolumen nicht gewährleistet;

11. entgegen § 12 Abs. 12 dieser Satzung den Abfallsack nicht zubindet und/oder das Gewicht von 25 kg überschreitet;
12. entgegen § 12 Abs. 13 dieser Satzung das maximal zulässige Gewicht und/oder die maximal zulässige Länge überschreitet;
13. entgegen §§ 13 Abs. 1 und 21 Abs. 1 dieser Satzung Abfälle, die auf einem Grundstück anfallen, nicht über die für dieses Grundstück vom Entsorgungsbetrieb zugeordneten und zur Verfügung gestellten Abfallbehälter entsorgt oder Abfälle neben die Abfallbehälter legt und/oder die Abfallbehälter nicht bestimmungsgemäß nutzt;
14. entgegen § 13 Abs. 3 bis Abs. 5 dieser Satzung die vom Entsorgungsbetrieb bestimmten Abfallbehälter und Abfallsäcke unsachgemäß befüllt oder benutzt;
15. entgegen § 13 Abs. 6 dieser Satzung Abfallbehälter beschädigt;
16. entgegen § 13 Abs. 7 dieser Satzung Abfallbehälter bei Abmeldung bzw. Wechsel nicht restentleert zur Abholung bereitstellt;
17. entgegen § 14 Abs. 1 dieser Satzung die Aufstellung der Abfallbehälter an einer geeigneten Stelle seines Grundstücks nicht gewährleistet;
18. entgegen § 15 Abs. 7, Abs. 9 und Abs. 10 dieser Satzung der ordnungsgemäßen Bereitstellung der Abfallbehälter zuwiderhandelt und/oder seinen Abfallbehälter nach der Entleerung nicht am Abfuertag auf das angeschlossene Grundstück zurückbringt;
19. entgegen § 16 Abs. 5 dieser Satzung Bioabfälle mit anderen Abfällen, außer den in § 3 Abs. 3 dieser Satzung genannten Abfällen vermischt und zur Leerung bereitstellt oder das maximal zulässige Füllgewicht der Abfallbehälter überschreitet;
20. entgegen § 17 Abs. 4 dieser Satzung Elektro- und Elektronikaltgeräte und Sperrmüll mehr als dreimal jährlich zur Abholung anmeldet oder Elektro- und Elektronikaltgeräte und Sperrmüll von nicht an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücken entsorgen lässt;
21. entgegen § 17 Abs. 5 dieser Satzung Elektro- und Elektronikaltgeräte und Sperrmüll nicht ordnungsgemäß zum Entsorgen bereitstellt;
22. entgegen § 17 Abs. 7 dieser Satzung Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen der Sperrmüllabfuhr überlässt;
23. entgegen § 17 Abs. 8 dieser Satzung Abfälle zum Einsammeln und Befördern durch die öffentliche Sperrmüllabfuhr bereitstellt;
24. entgegen § 17 Abs. 9 dieser Satzung haushaltstypische Abfälle aus Haushaltsauflösungen, Entrümpelungen, Grundstücksberäumungen und Renovierungsarbeiten nicht dem Entsorgungsbetrieb überlässt oder die bereitgestellten Container mit von der Sammlung ausgeschlossenen Abfällen befüllt;
25. entgegen § 18 Abs. 3 dieser Satzung Schrott nicht ordnungsgemäß zum Entsorgen bereitstellt;
26. entgegen § 19 Abs. 1 und Abs. 2 dieser Satzung gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen nicht einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuführt;
27. entgegen § 19 Abs. 1 S. 1 dieser Satzung gefährliche Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen nicht persönlich an die Servicekräfte der mobilen Sammelstellen übergibt;
28. entgegen § 20 Abs. 1 dieser Satzung Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfall nicht in den zugelassenen Abfallbehältern bereitstellt;

29. entgegen § 20 Abs. 2 dieser Satzung andere Stoffe in dem Abfallbehälter bereitstellt;
 30. entgegen § 23 Abs. 4 dieser Satzung als unbefugter Dritter angefallene Abfälle durchsucht und wegnimmt;
 31. als Abfallbesitzer bei ihm angefallene Abfälle ohne Vorliegen einer rechtsgültigen Gestattung in Abfallbehälter einfüllt, die dem Anschlusspflichtigen eines anderen Grundstückes zur Verfügung gestellt worden sind;
 32. Abfälle, die beim Verzehr von Lebens- und Genussmitteln im Freien oder bei der Teilnahme am Straßenverkehr angefallen sind, nicht in die auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen und in der freien Landschaft für diese Abfälle vom Entsorgungsbetrieb, von Städten, Gemeinden, Ämtern oder Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs aufgestellten Abfallbehälter einfüllt.
- (2) Diese Ordnungswidrigkeiten können beim vorsätzlichen Verstoß mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € und im Übrigen mit einer Geldbuße bis zu 25.000,00 € geahndet werden.

§ 31

In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am 01.01.2026 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die

Satzung über die Abfallentsorgung des Landkreises Märkisch-Oderland (Abfallentsorgungssatzung – AESMOL 2025) vom 11.12.2024

außer Kraft.

Seelow, den 18.12.2025

G. Schmidt
Landrat

Anlage I zu § 7 Abs. 1 – Von der Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb ausgeschlossene Abfälle

Von der Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb sind gemäß § 7 Abs. 1 folgende Abfälle ausgeschlossen,

a) gefährliche Abfälle im Sinne des § 48 KrWG vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) in der jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit der Verordnung über das europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnisverordnung – AVV) vom 10.12.2001 (BGBl. I S. 3379), in der jeweils gültigen Fassung, soweit es sich nicht um Abfälle aus privaten Haushaltungen oder aus anderen Herkunftsbereichen – soweit hier eine Menge von 2000 kg pro Jahr nicht überschritten wird – handelt und die gemäß § 19 dieser Satzung entsorgt werden.

Der Ausschluss gilt nicht für Deponiesickerwasser, das gefährliche Stoffe enthält (AVV-Nr. 19 07 02*).

b) Nachstehend genannte Verpackungsabfälle, die der Rücknahmepflicht aufgrund des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen (Verpackungsgesetz – VerpackG) vom 05.07.2017 (BGBl. I S. 2234) in der jeweils gültigen Fassung unterliegen:

- 15 01 01 Verpackungen aus Papier und Pappe
- 15 01 02 Verpackungen aus Kunststoff
- 15 01 03 Verpackungen aus Holz
- 15 01 04 Verpackungen aus Metall
- 15 01 05 Verbundverpackungen
- 15 01 06 gemischte Verpackungen
- 15 01 07 Verpackungen aus Glas
- 15 01 09 Verpackungen aus Textilien.

c) Es sind folgende sonstige Abfälle von der Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb ausgeschlossen:

- 19 12 09 Mineralien
- 18 01 01 spitze oder scharfe Gegenstände (außer 18 01 03)
- 18 01 04 Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z.B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegbekleidung, Windeln)
- 18 02 01 spitze oder scharfe Gegenstände mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 02 fallen
- 18 02 03 Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden.

d) Es sind folgende Abfälle von der Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb ausgeschlossen, soweit sie nicht mittels PKW, PKW mit Anhänger oder Kleintransporter bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht bis (7,5 t) an der Abfallumschlagstation angeliefert werden können:

- 17 06 04 Dämmmaterial, mit Ausnahme derjenigen, das unter 17 06 01 und 17 06 03 fällt
- 17 08 02 Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 08 01 fallen
- 17 03 02 Bitumengemische mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 03 01 fallen.

Anlage II zu § 7 Abs. 2 – Vom Einsammeln und Befördern durch den Entsorgungsbetrieb ausgeschlossene Abfälle

Vom Einsammeln und Befördern durch den Entsorgungsbetrieb sind folgende Abfälle ausgeschlossen:

- a) Die in der Gruppe 17 der Abfallverzeichnis-Verordnung-AVV genannten Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Straßenaufbruch) bzw. im Kapitel 17 00 00 der AVV genannten Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) aus anderen Herkunftsgebieten und privaten Haushaltungen.
- b) Sperrmüll aus anderen Herkunftsgebieten als privaten Haushaltungen (AVV-Nr. 20 03 07)
- c) Schlamm aus der Reinigung/Behandlung kommunaler Abwässer (AVV-Nr. 19 08 05 und 19 08 14).
- d) Biologisch verwertbare- und kompostierbare Abfälle aus öffentlichen Anlagen, Gewerbebetrieben und privaten Haushaltungen, soweit diese nicht mittels dafür zugelassenen Abfallbehälter oder zugelassener Laubsäcke oder Banderolen bereitgestellt werden können.
- e) Schrott aus anderen Herkunftsgebieten als privaten Haushaltungen (AVV-Nr. 20 01 40).
- f) sonstige Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsgebieten als privaten Haushaltungen, die aufgrund der Art, Menge oder Beschaffenheit nicht in zugelassenen Abfallbehältern (§ 12 dieser Satzung) entsorgt werden können.
- g) Elektro- und Elektronikaltgeräte aus anderen Herkunftsgebieten als privaten Haushaltungen nach Maßgabe des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG) in der jeweils gültigen Fassung.